



Regierungsratsbeschlüsse seit 1803 online

<http://www.staatsarchiv.zh.ch/query>

Signatur	StAZH MM 3.25 RRB 1911/2501
Titel	Baugesetz, § 149.
Datum	30.12.1911
P.	896

[p. 896] In Sachen der Genossenschaft Hotel Pfauen und der Direktion der eidgen. Bauten, Gesuchsteller, betreffend Baute, § 149,

hat sich ergeben:

Die Genossenschaft Hotel Pfauen und die Direktion der eidgenössischen Bauten in Bern stellen mit Eingabe vom 13. November 1911, eingegangen den 22. November 1911, das Gesuch, es sei ihren Bauprojekten für die Überbauung des Grundstückes Kat.-Nr. 1812 an der Hottingerstraße für ein neues Telephongebäude und eines Teiles der Liegenschaft Kat.-Nr. 1813 zwischen der Hottingerstraße und dem Zeltweg in Zürich V für die Erweiterung der Bühne des Pfauentheaters die Genehmigung auf Grund von § 149 des Baugesetzes zu erteilen.

Die Erweiterung der Bühne des Pfauentheaters geschieht in der Weise, daß ein Teil der rückwärts an das Grundstück Kat.-Nr. 109, auf dem das Pfauentheater steht, anstoßenden Liegenschaft Kat.-Nr. 1813 angekauft und überbaut wird. Die letztere Liegenschaft stößt ihrerseits an das Grundstück Kat.-Nr. 1812 der Eidgenossenschaft und es wird auch ein kleiner Teil dieser Liegenschaft für die Erweiterung des Pfauentheaters abgetreten. Der Stadtrat Zürich bemerkt in seiner Vernehmlassung vom 16./23. Dezember 1911 zu dem Gesuche folgendes:

Die Genossenschaft Hotel Pfauen habe gegen das Projekt der Direktion der eidgenössischen Bauten inhibiert mit der Begründung, daß das Gespann nicht den gesetzlichen Abstand von der jetzigen gemeinsamen Eigentumsgrenze und vom bestehenden Pfauentheater habe. Diese Behauptung treffe jedenfalls mit Bezug auf den rückwärtigen Abstand des projektierten Telephongebäudes von der vorspringenden Ecke des Pfauentheaters zu. Nun werden aber diese Abstände durch die projektierte Erweiterung der Bühne des Pfauentheaters noch verringert, indem das Telephongebäude vom projektierten Bühnenanbau, der auf die künftige Grenze gegen die Liegenschaften Kat.-Nr. 1812 und 1813 gestellt werden solle, bloß etwa 4,5 m Abstand habe. Nach § 55 des Baugesetzes hätte der Bühnenanbau von der Grenze einen Abstand von wenigstens 3,5 m zu beobachten. Wenn jedoch die Nachbarn auf die Einhaltung dieses Abstandes verzichten, so könne darüber hinweggesehen werden, sofern das Bauen auf die Grenze nicht aus andern polizeilichen Gesichtspunkten als unzulässig erscheine. Als solche könnten die §§ 60 und 65 des Baugesetzes in Betracht kommen. Da das Telephongebäude seinerseits mehr als 3,5 m von der Grenze wegbleibe und auch das Grundstück Kat.-Nr. 1813 der Erben Stockar hinreichend zugänglich bleibe, so wäre - die Einwilligung der Erben Stockar vorausgesetzt - nichts dagegen einzuwenden, daß der Bühnenanbau auf die Grenze der nachbarlichen Grundstücke gesetzt werde. Anders verhalte es sich mit Bezug auf den Gebäudeabstand; hier sei eine Ausnahmegewilligung erforderlich. Der Abstand des Telephongebäudes vom Bühnenanbau sei nach § 58 des Baugesetzes zu



bemessen, er sollte also zwei Drittel der größeren Gebäudehölle betragen. Die Höhe des Telephongebäudes betrage hinten, von der tiefsten Stelle des unüberbaut bleibenden Bodens aus gemessen, 14,5 m. Der Abstand zwischen beiden Gebäuden sollte also mindestens 9,65 m betragen; er betrage aber nur 4,5 m, also weniger als die Hälfte. Gleichzeitig komme der Stadtrat Zürich dazu, für diesen zu geringen Abstand eine Ausnahme zu befürworten, aus folgenden Gründen: Aus dem Berichte der Feuerpolizei gehe hervor, daß der projektierte Umbau des Pfauentheaters wünschbar sei. Es könne sich nun allerdings fragen, ob sich die Einhaltung des gesetzlichen Abstandes nicht in der Weise ermöglichen ließe, daß das Telephongebäude weiter seitwärts verlegt würde. Die Gesuchsteller verneinen diese Frage, weil die Erben Stockar nicht geneigt seien, mehr Land abzutreten. Der Stadtrat habe keinen Grund, die Richtigkeit dieser Darstellung in Zweifel zu ziehen und sehe unter diesen Umständen keine Möglichkeit einer andern Lösung der Baufrage, als wie sie von den Gesuchstellern in Aussicht genommen sei. Eine Verringerung des Grundrisses des Telephongebäudes scheine ausgeschlossen zu sein. Die Frage könne also nur noch die sein, ob gesundheits- oder feuerpolizeiliche Gründe gegen die nachgesuchten Ausnahmen sprechen. Dies sei aber nicht der Fall. Ein nachteiliger Einfluß des Telephongebäudes auf den Bühnenanbau, der ersterem ja nur eine Brandmauer zukehre, erscheine als ausgeschlossen; anderseits könne aber auch von einem namhaften Luft- und Lichtenzug für das Telephongebäude nicht die Rede sein, da der Bühnenanbau nur ganz unbedeutend über die westliche Ecke des Telephongebäudes vorspringe. Da ferner der Adjunkt des Feuerwehrenspektors, welcher die feuerpolizeiliche Seite der Frage geprüft habe, gegen die ausnahmsweise Bewilligung des ungenügenden Abstandes, allerdings unter gewissen Vorbehalten, keine Bedenken äußere, habe der Stadtrat keine Veranlassung, sich dem Gesuche zu widersetzen. Die Feuerpolizei verlange, um im Falle eines Theaterbrandes ein Überspringen des Feuers auf das Telephongebäude zu verhindern, daß die dem Bühnenhaus zugekehrten Fenster des Telephongebäudes eiserne Rolläden erhalten und daß auch die Dachvorsprünge der betreffenden Fassaden mit feuersicherer Verkleidung versehen werden. Unter diesen Bedingungen könnte also dem Gesuche entsprochen werden. Weitere feuerpolizeiliche Vorschriften für den Umbau des Theaters werden auf den Zeitpunkt der baupolizeilichen Behandlung der Eingabepläne vorbehalten.

Es kommt in Betracht:

Gegen die Bewilligung der Ausnahme müßten Bedenken feuerpolizeilicher Natur erhoben werden, wenn nicht durch besondere Vorkehren eine Übertragung des Feuers vom Theatergebäude auf das Telephongebäude verhindert werden könnte. Die Maßregeln, die vom Feuerwehrenspektorat vorgeschlagen werden, dürften nun allerdings genügen, um die wesentlichsten Bedenken zu entkräften. Die Ausnahme kann auch deshalb befürwortet werden, weil für die beiden Gebäude eine Bewachung während der Nacht erwartet werden darf. Die Bewegung der Feuerwehr wird nicht so gehemmt, daß eine erfolgreiche Tätigkeit nicht mehr möglich wäre.

Auf Antrag der Baudirektion

beschließt der Regierungsrat:

I. Die Bausektion 1 der Stadt Zürich wird ermächtigt, die Projekte der Genossenschaft Hotel Pfauen und der Direktion der eidgenössischen Bauten für die Überbauung des



Grundstückes Kat.-Nr. 1812 und eines Teiles des Grundstückes Kat.-Nr. 1813 zwischen der Hottingerstraße und dem Zeltweg in Zürich V zu genehmigen.

II. Die Kosten, bestehend in einer Staatsgebühr von Fr. 25, sowie den Ausfertigungs- und Stempelgebühren, werden von den Gesuchstellerinnen zu gleichen Teilen erhoben.

III. Mitteilung an die Rechtsanwälte Dr. Eugen Curti-Forrer und Dr. E. Cramer, in Zürich I, zu Händen ihrer Klientinnen, an den Stadtrat Zürich unter Zustellung der Pläne zu Händen der Baupolizei und an die Baudirektion.

[Transkript: OCR (Überarbeitung: Team TKR)/07.04.2017]